



Update aus Berlin

Januar '23

NEUES
aus dem Bundestag



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

in der traditionellen **Jahresauftaktklausur** haben wir als Fraktion über die Vorhaben der kommenden Monate beraten. Gemeinsam mit unseren Gästen haben wir folgende Fragen in den Blick genommen: Wie können wir Familien, Kinder und Jugendliche nach zwei Jahren Corona-Pandemie weiter unterstützen? Was muss passieren, damit Planungs- und Genehmigungsverfahren schneller werden? Wie kann die Industrie europaweit gestärkt und zukunftsfähig aufgestellt werden? Und welche Ansätze sind in der Außen- und Sicherheitspolitik notwendig? Diese Impulse werden wir nun gemeinsam in die Arbeit mit unseren Koalitionspartnern einbringen.

In den vergangenen Legislaturperioden ist der Bundestag aufgrund von Überhang- und Ausgleichsmandaten auf 736 Abgeordnete angewachsen. Damit ist der Bundestag so groß wie nie zuvor. Wir wollen das ändern und haben uns mit unseren Koalitionspartnern auf einen Gesetzentwurf zur Verkleinerung des Bundestags geeinigt – ein guter Kompromiss, durch den die Regelgröße von **598 Abgeordneten** künftig eingehalten wird und zugleich alle 299 Wahlkreise erhalten bleiben. Alle Parteien sind von der Reform betroffen, keine Partei wird einseitig benachteiligt. Nun kommt es darauf an, die Wahlrechtsreform zügig umzusetzen.

Digitalisierung, demografischer Wandel, Dekarbonisierung – das sind die großen Treiber beim Umbau unserer Wirtschaft hin zur Klimaneutralität. Durch den Strukturwandel fallen in einigen Branchen und Regionen Arbeitsplätze weg, während andernorts dringend Fachkräfte gesucht werden. Zudem wird unsere Gesellschaft immer älter. Im Oktober hat die Bundesregierung deshalb eine Fachkräftestrategie auf den Weg gebracht, die wir in dieser Woche im Bundestag beraten. Uns geht es darum, in Deutschland mehr Potenziale zu erschließen, etwa durch mehr Weiterbildung und eine höhere Frauenerwerbsbeteiligung. Zugleich wollen wir Einwanderung fördern. Die Wahrheit ist: Wir sind ein Einwanderungsland. Und wir wollen es auch sein! Natürlich gab es in der vergangenen Woche aber auch viele andere Themen - welche genau, erfahrt ihr wie immer in diesem Update!

Viel Spaß beim Lesen und ein schönes Wochenende wünscht Euch,

Euer



Inhalt

Meine Rede zur Verringerung der Umweltauswirkungen von Kunststoffen. >>> Radio-Sendung „Redezeit“ auf NDR: Was tun gegen den Wohnungsmangel? >>> AG Kommunalpolitik. >>> Antrag zur Anerkennung des Völkermords an den Êzîden. >>> Fritz-Winter-Gesamtschule zu Gast im Bundestag. >>> Einblicke in die Sitzungswoche.



Meine Rede zur Verringerung der Umweltauswirkungen von Kunststoffen



Unter dem sperrigen Titel „Gesetzes zur Umsetzung von Artikel 8 Absatz 1 bis 7 der Richtlinie (EU) 2019/904 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt“ haben wir diese Woche im Bundestag ein wichtiges Vorhaben in 1. Lesung beraten.

Egal ob Kaffee-to-go-Becher, Tütenverpackungen oder Zigarettenkippen – wir wollen die Hersteller an der Entsorgung des Plastikmülls finanziell beteiligen und damit einen Anreiz für die Entwicklung von klimafreundlichen Behältnissen schaffen. Die Gelder sollen an Städte und Gemeinden ausgezahlt werden, die bislang für die Reinigungskosten aufkommen.

Jedes Jahr landen weltweit mehrere Millionen Tonnen Plastikmüll in unseren Meeren. Im Wasser zerbröseln der Plastikabfall mit der Zeit zu kleinsten Teilchen. Dort verbleibt er auf unbestimmte Zeit. Der Müll ist die Ursache für den qualvollen Tod von Fischen und Vögeln. Wir alle kennen diese schrecklichen Bilder. Die Ampelkoalition will das Problem ernsthaft angehen.

Stündlich werden allein in Deutschland rund 320.000 Einweg-Becher für heiße Getränke verbraucht - davon bis zu 140.000 to-go-Becher. Für die Umwelt ist es besser, Produkte mehrfach zu nutzen statt sie nach Gebrauch sofort wegzuerwerfen. In Deutschland werden hunderttausende Tonnen Kunststoff nur für Einwegplastikflaschen verbraucht. Mehrwegflaschen können dagegen bis zu 50 Mal wiederverwendet werden. Ein Mehrwegkasten mit zwölf Flaschen (0,75 Liter) ersetzt 450 Einwegplastikflaschen (1,0 Liter).

Unser Ziel ist es, nicht den Verzehr außer Haus zu erschweren, sondern die Folgen für Mensch und Natur zu reduzieren. Mit dem Gesetz möchten wir nicht nur eine Entlastung der kommunalen Stadtreinigungsbetriebe erreichen, sondern auch einen Gewinn für die Sauberkeit von Städten und Landschaften. Denn to-go-Becher, Tüten- und Folienverpackungen, Feuchttücher, Luftballons und Zigarettenkippen landen viel zu oft auf unseren Straßen und in unseren Parks.

NDR Info Redezeit: Was tun gegen den Wohnungsmangel?

Diese Woche war ich in der **Radio-Sendung „Redezeit“** im **NDR** zu Gast.

Zusammen mit **Andreas Breitner**, dem Direktor des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen, **Ann-Sophie Mainitz**, der Geschäftsführerin des Kieler Mieterverein e.V., habe ich im Gespräch mit der Moderatorin **Susanne Stichler** über den angespannten Wohnungsmarkt diskutiert.

Hört gerne mal rein!



AG Kommunalpolitik



Daten müssen laufen, nicht Bürger. Nach diesem Motto hat gestern die Sitzung der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion stattgefunden. Im Gespräch mit Tim Brauckmüller, dem Geschäftsführer von atene KOM GmbH, haben wir über die digitale Transformation auf kommunaler Ebene und die Umsetzung des Bundesprogramms „Smart Cities“ diskutiert.

Digitalisierung ist ein mächtiges Werkzeug, um Herausforderungen in den Bereichen der Daseinsvorsorge, Bildung, Umwelt und Mobilität anzugehen. Hierbei dürfen auch strukturschwache Regionen in der Digitalisierung nicht zurückfallen: Mit dem Einsatz digitaler Informations- und Kommunikationstechnologien bieten sich besonders für den ländlichen Raum Chancen, die Lebensqualität vor Ort zu verbessern.

Die Förderprogramme des Bundes helfen Städten, Digitalisierungsprojekte voranzutreiben. Sie sind notwendig, um die Transformation zur digitalen Stadt zu gestalten. Bislang gelingt allerdings ein Transfer von Best-Practice-Beispielen auf andere Kommunen nicht gut genug. Umso wichtiger ist es, gemeinsam mit den Kommunen und Experten Lösungen zu erarbeiten. Danke für den konstruktiven Austausch!

Wir schaffen ein Stück historische Gerechtigkeit: Antrag zur Anerkennung des Völkermords an den Êzîden

Die Gemeinschaft der Êzîden ist seit Jahrhunderten ständigen Verfolgungen ausgesetzt. Der traurige Höhepunkt war im Jahr 2014. Die Terrormiliz "Islamischer Staat" (IS) überrannte das Hauptsiedlungsgebiet der Êzîden im Nordirak. Das Ziel dieses Überfalls war die völlige Auslöschung der Êzîden. Tausende unschuldige Männer wurden ermordet, Frauen vergewaltigt und versklavt, ältere Männer und Frauen getötet, Kinder verschleppt und als Kindersoldaten rekrutiert. 5000 Menschen wurden ermordet. Auch durch die Verschleppung, Versklavung und Vergewaltigung vor allem von Frauen verfolgt der IS das Ziel, die êzîdische Gemeinschaft über Generationen hinweg auszulöschen.

Am Donnerstag haben wir im Bundestag den gemeinsamen Antrag der Ampelkoalition und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschlossen. Fortan werden die Verbrechen des IS von 2014 gegen die Êzîd:innen als Völkermord anerkannt. Um eine gründliche politische und juristische Aufarbeitung sicherzustellen, soll laut Antrag die Zusammenarbeit auf internationale Ebene mit dem Irak gestärkt sowie die Beweiserhebung in Irak gefördert werden. Um IS-Angehörige leichter vor Gericht bringen zu können, fordern die Antragsteller überdies die Schaffung einer gesonderten Rechtshilfeinheit.

Das Êzîdentum ist eine große monotheistische Religionsgemeinschaft in Deutschland. Die Religion hat alt-iranische Wurzeln, die bis ca. 2000 Jahre vor Christus zurückreichen. **Weltweit gibt es eine Million Êzîden, rund 200.000 davon in Deutschland. In Deutschland lebt die größte êzîdische Diaspora weltweit.**

Ethnisch und sprachlich betrachtet, handelt es sich bei den meisten Êzîden um kurmandschisprachige Kurden. Die Frage nach der ethnischen Zugehörigkeit, ist vor allem nach dem Völkermord von 2014 Gegenstand einer Diskussion. Einige Êzîden betrachten sich ausschließlich als Kurden oder als kurdisch-êzîdisch und wiederum andere nur als êzîdisch.

Jesiden, Yeziden oder Êzîden? „Jesidentum“ ist als Bezeichnung für diese Religionsgemeinschaft in Deutschland am weitesten verbreitet und findet sich auch im Duden. Yeziden ist eine Variation davon. Viele der Êzîd*innen in Deutschland bevorzugen allerdings die Schreibweise Êzîden. In ihrer eigenen Sprache, dem kurdischen Kurmand-schi, bezeichnen sie sich ebenfalls ohne Y/J. Wir haben als SPD durchgesetzt, dass diese Schreibweise nun zum ersten Mal in einem offiziellen Dokument verwendet wird.



Foto: Gesellschaft für bedrohte Völker

Fachkräftestrategie der Bundesregierung

Wir machen Deutschland zum Fachkräfteland!

- ➔ Wir sorgen für bessere Aus- und Weiterbildung
- ➔ Wir bringen mehr Frauen in gute Arbeit
- ➔ Wir modernisieren die Einwanderungspolitik und reduzieren Abwanderung

SPD Fraktion im Bundestag

Während es in einigen Branchen und Regionen Deutschlands zum Abbau von Arbeitsplätzen kommt, werden andernorts dringend Fachkräfte gesucht, teilweise mit gänzlich neuen Qualifikationen. Deshalb haben wir Einiges vor:

Es geht um zeitgemäße Ausbildung und gezielte Weiterbildung – dazu haben wir mit dem neuen Bürgergeld schon einen ersten Schritt gemacht und werden diesen Weg mit einem neuen Weiterbildungsgesetz fortsetzen.

Wir wollen vorhandene Potenziale besser nutzen – beispielsweise durch verbesserte Betreuungsmöglichkeiten dafür sorgen, dass mehr Frauen ihren Berufswünschen nachgehen können.

Und nicht zuletzt sind wir auch darauf angewiesen, dass mehr Fachkräfte aus dem Ausland zu uns kommen. Das gehen wir in diesem Jahr mit dem neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetz gezielt an.

60 Jahre Élysée-Vertrag

Am 22. Januar 1963 unterzeichnet: Der Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit - der Élysée-Vertrag.

Die deutsch-französische Freundschaft ist essenzieller Bestandteil der europäischen Einigung. Gemeinsam mit Frankreich setzen wir uns für eine demokratisch gefestigte, handlungsfähige und strategisch souveräne EU ein.

Die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland ist einzigartig, aber nicht selbstverständlich. Sie ist ein Schatz, den es zu pflegen gilt. Wir alle stehen in der Pflicht und in der Verantwortung, dieses Erbe zu bewahren.



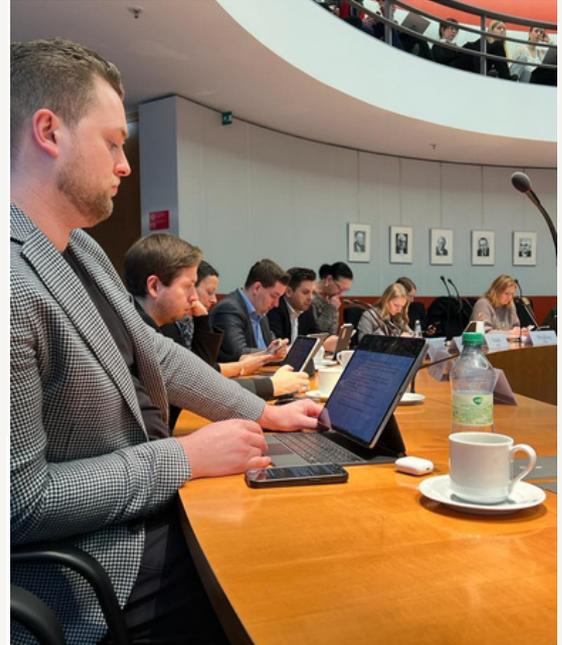
Fritz-Winter-Gesamtschule Ahlen



Am Freitag hat mich eine Gruppe der **Fritz-Winter-Gesamtschule Ahlen** im Bundestag besucht. Im Paul-Löbe-Haus haben wir über aktuelle politische Themen diskutiert, beispielsweise über die Wahlrechtsreform und den Klimaaktivismus. War ein gutes Gespräch!



Ich hab **Emily Vontz** als neue Kollegin in der Arbeitsgruppe Wohnen begrüßt!



Im Bauausschuss haben wir uns u.a. mit dem **modernen Holzbaus** befasst - ein wichtiges Thema!

Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion
Credits: photothek

